

Leistung von 83 500 MW muss man den Import hinzuzählen. McKinsey hat in einer Studie vom letzten Jahr festgestellt, dass man mit etwa 10 000 MW gesicherter Leistung aus dem Ausland rechnen kann. Zwar ist die Leitungskapazität ins Ausland größer, aber ob uns die Nachbarn aus der Patsche helfen, wenn sie den Strom in einer windstillen Großwetterlage selbst bitter benötigen, ist fraglich, führt McKinsey aus. Zudem geht McKinsey davon aus, dass durch den Ausbau der Wärmepumpen und der Elektromobilität die gesicherte Leistung sehr schnell überschritten wird und nur durch Maßnahmen der Nachfragedrosselung beherrscht werden kann. Selbst McKinsey, bislang weitestgehend Unterstützer der Energiewende, warnt: „die Kombination aus sinkender gesicherter Kapazität und durch die Elektrifizierung steigender Spitzenlast kann zu Versorgungslücken führen.“

Katherina Reiche, Vorsitzende der Geschäftsführung des größten deutschen Verteilnetzbetreibers, der innogy-Tochter innogy Westenergie GmbH, warnt sogar ausdrücklich vor Stromausfällen, falls Deutschland bis 2030 aus der Kohle aussteigt.

Im Jahresverlauf könne es in dunklen, windstillen Phasen bis zu hundertmal zu Phasen der Unterversorgung kommen, die bis zu 21 Stunden dauern könnten.

Dies sei für ein Industrieland wie Deutschland nicht hinnehmbar. „Es kann sein, dass wir den Kohleausstieg etwas verschieben müssen“, so Reiche.

Netzbetreiber schweigen sich aus

Gerade aktuelle Naturereignisse zeigen uns schnell die Grenzen dieser „auf Naht“ geplanten Stromversorgung auf: Die Stromproduktion in Süddeutschland in der letzten Woche ist ein gutes Beispiel.

So rechnete der Netzbetreiber in Baden-Württemberg am Karsamstag mit 3500 MW Photovoltaikstrom. Die überraschend starke Saharawolke dimmte den Solarstrom auf 1800 MW herunter, so dass die Lücke kurzfristig durch das Anwerfen von konventionellen Kraftwerken ersetzt werden musste. Die Strompreise schossen bis auf 40 €/ct/kwh mit Spitzenwerten von 75 €/ct/kwh hoch. Zusammen mit Bayern fehlten 3000 MW Solarstrom, was ungefähr der Leistung von sechs Kohle- oder Gasblöcken entspricht. Da nicht alles kurzfristig beschafft werden kann, müssen auch Stromkunden heruntergefahren werden. Über die Höhe der Abschaltung von Industriebetrieben schweigt der Netzbetreiber sich aus.

Dass die Natur, die uns ja keine Rechnung schickt, es nicht immer gut meint mit der Solarerzeugung, zeigte schon

am 15.3. ein Hagelschaden an einem 350 MW grossen Solarfeld in Texas. Ein Hagelschaden hatte einen signifikanten Teil der Solaranlagen zerstört. Diese Verletzlichkeit der Naturenergien gegenüber den Naturkräften müsste eine Regierung berücksichtigen, die sich zu 100 Prozent auf diese Technologien verlassen möchte. (s. Abb. FOX News, 27.3. 2024, Quelle FOX26 Houston KRIV))

Während hierzulande der Ausstieg aus der Kohle seitens der Ampel gefeiert wird, sind weltweit folgende Kohlekraftwerkskapazitäten innerhalb eines Jahres hinzugekommen: China 47 000 MW, Indonesien 5900 MW, Indien 5500 MW, Japan 2450 MW, Südkorea 1040 MW, Vietnam 2600 MW u.v.a., insgesamt 69545 MW neue Kohlekraftwerke. Zieht man von den 69545 MW neu gebauten Kohlekraftwerkskapazitäten die in Deutschland reduzierten 3800 MW ab, die RWE und andere in 2024 und 2025 stilllegen, dann sieht man sehr schnell, dass wir mit der Abschaltung in Deutschland eben nicht die Welt retten, wie uns die grüne Bundestagsabgeordnete Kathrin Henneberger weismachen will. Wir gefährden den Standort Deutschland, ohne einen signifikanten Beitrag zur Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstosses zu leisten. ■



Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

(* 8. Mai 1949 in Gelsenkirchen-Buer) ist ein deutscher Politiker (SPD), Manager, Wissenschaftler und Buchautor.

Nach einigen beruflichen Stationen in der Umweltverwaltung des Bundes (Umweltbundesamt) und des Landes Hessen (Umweltministerium) wurde Vahrenholt 1984 im Alter von 35 Jahren vom Senat unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi zum Staatsrat (Staatssekretär) der Hamburger

Umweltbehörde ernannt. 1990 wurde er von Bürgermeister Voscherau zum Chef der Senatskanzlei berufen und vertrat Hamburg bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

1991 wurde er von der Hamburgischen Bürgerschaft auf Vorschlag von Bürgermeister Voscherau zum Umweltsenator gewählt. Er wurde 1993 wiedergewählt und schied, nachdem Voscherau im Oktober 1997 zurücktrat und eine rot-grüne Landesregierung gebildet wurde, ebenfalls aus dem Senat aus.

Vahrenholt wechselte im Februar 1998 in den Vorstand der Deutschen Shell AG und übernahm u.a. die neugegründete Sparte der Erneuerbaren Energien. 2001 wurde er zum Vorstandsvorsitzenden der REpower Systems AG berufen, einem kleinen mittelständischen Windkraftunternehmen mit Sitz in Hamburg. Vahrenholt brachte das Windkraftunternehmen durch eine Kapitalerhöhung von 80 Millionen Euro im März 2002 an die Börse und verließ das Unternehmen, als es für 1,3 Milliarden Euro vom indischen Wettbewerber Suzlon 2007 übernommen wurde. Von Februar 2008 bis Juli 2012 war er Vorstandsvorsitzender des neugegründeten RWE-Tochterunternehmens RWE Innogy GmbH. Mit jährlichen Investitionen von rund 1 Milliarde Euro wurde das Unternehmen binnen 5 Jahren zu einem der führenden Investoren in Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerke in Europa.

Seit 1999 ist Fritz Vahrenholt Honorarprofessor an der Universität Hamburg im Fachbereich Chemie. ■